

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

21. Dezember 1950

Blatt 2259

Wirksame Hilfe für die Opfer des Faschismus

100 Arbeitssitzungen der Wiener Rentenkommission

21. Dezember (Rath.Korr.) Auf Grund des Opferfürsorgegesetzes wurde am 25. Februar 1948 beim Amt der Wiener Landesregierung eine Kommission eingesetzt, der die Überprüfung und Festsetzung der Rentenansprüche aller durch den Faschismus Geschädigten obliegt. Sie ist aus Vertretern der politischen Parteien und den zuständigen Ämtern zusammengesetzt.

Heute hielt die Kommission ihre hundertete Sitzung ab. Vizebürgermeister Honay sprach den Mitgliedern und Beamten für ihre schwere und verantwortungsvolle Arbeit den Dank der Landesregierung aus. Er teilte mit, daß die Kommission bisher mehr als 30.000 Fälle behandelt hat, von denen 15.622 positiv erledigt wurden. Davon entfallen 30 Prozent auf Hinterbliebene von Opfern. Wien stellt mit 60 Prozent die Höchstzahl aller Bundesländer. Von den vorgelegten 5753 Rentenansprüchen wurden 4407 aufrecht erledigt.

Vizebürgermeister Honay verwies ^{auch} auf die zusätzlichen Leistungen der Gemeinde Wien für die Opfer des Faschismus. Insbesondere ist dabei die Entsendung von 1592 politischen Opfern in das Erholungsheim Hohegg bei Grimmenstein hervorzuheben, was einen Kostenaufwand von 471.268 Schilling erforderte. Im Jahre 1950 hat das städtische Opferfürsorgereferat 882.204 Schilling an Rentenvorschüssen, Geld- und Sachaushilfen ausbezahlt.

Der Bürgermeister dankt Maria Jeritza
=====

21. Dezember (Rath.Korr.) Die in den Vereinigten Staaten lebende Kammersängerin Maria Jeritza, die im heurigen Sommer die Ehrenmedaille der Stadt Wien erhielt, überwies an Bürgermeister Dr.h.c. Körner durch die Kreditanstalt 5.000 Schilling als Geschenk für notleidende Jugendliche. Der Bürgermeister hat für diese Spende Maria Jeritza schriftlich seinen Dank übermittelt.

Der Wiener Fremdenverkehr im November
=====

21. Dezember (Rath.Korr.) Das Statistische Amt der Stadt Wien veröffentlicht soeben den Bericht über den Fremdenverkehr im Monat November. Darnach hielten sich im vergangenen Monat insgesamt 21.665 Fremde in Wien auf, darunter 5.106 Besucher aus dem Ausland. Insgesamt wurden 62.000 Übernachtungen gezählt.

Die meisten Ausländer kamen aus Italien, nämlich 770. Aus den Vereinigten Staaten kamen 766 und aus der Schweiz 583 Besucher.

Ferkelmarkt vom 20. Dezember
=====

21. Dezember (Rath.Korr.) Aufgebracht wurden 36 Ferkel, von denen 25 verkauft wurden. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 8 Wochen 200 S, 10 Wochen 230 S.

Die Nachfrage konnte als sehr schwach bezeichnet werden.

Bauangelegenheiten

=====

21. Dezember (Rath.Korr.) Der Wiener Gemeinderat setzte heute unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr.h.c. Körner seine Beratungen über das Budget 1951 fort.

Stadtrat Jonas (SPÖ) leitete mit einem umfassenden Referat die Verhandlungen zur Gruppe VI, Bauangelegenheiten, ein. Er führte aus, die Größe der Probleme dieser Gruppe drücke sich schon in den Beträgen aus, die hier budgetiert sind. Die Ausgaben dieser Gruppe sind für das Jahr 1951 mit 633 Millionen Schilling (1950 waren es 529 Millionen) veranschlagt. Das gesamte Bauvorhaben der Gemeinde Wien erreicht die außerordentlich hohe Summe von 718 Millionen Schilling. Dieser Betrag wird im kommenden Jahr der Bautätigkeit zugeführt, wird die Bauwirtschaft befruchten und in entscheidender Weise die Lage auf dem Arbeitsmarkt beeinflussen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.) Dieser Betrag ist mehr als ein Drittel des gesamten Budgets. Daraus geht, wie der Stadtrat betonte, hervor, wie die Wiener Gemeindeverwaltung bestrebt ist, alle von der Bevölkerung in Form von Steuern gezahlten Beträge in möglichst großem Umfang der Bevölkerung in anderer Form wieder zurückzugeben. Die Gemeinde Wien ist damit auch bestrebt, die Produktionskraft und die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft im entscheidenden Maße günstig zu beeinflussen.

Der Wiener Wohnhausbau

Für den Neubau von Wohnungen sind 330 Millionen Schilling vorgesehen, davon 230 Millionen für die Fertigstellung bereits begonnener Wohnhausanlagen und 100 Millionen für den Beginn neuer Wohnhausbauten. Für Ersatzausführungen an kriegsbeschädigten privaten Wohnhäusern ist ein Betrag von 24 Millionen Schilling veranschlagt. Diese Verpflichtung der Gemeinde zur Wiederherstellung von Privathäusern würde viel geringere Mittel erforderlich machen, wenn der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds im Handelsministerium instande gewesen wäre, die Notwendigkeiten des Wiederaufbaues der zerstörten Wohnungen im umfangreicheren Maße zu erfüllen.

Da jedoch Wiederaufbauarbeiten nur in sehr beschränktem Maße mit Fondsmitteln durchgeführt werden konnten, ist der Zustand der kriegsbeschädigten Häuser zusehends verfallen. Im Interesse der Mieter und im Interesse der Sicherung des Bestandes dieser Häuser war es notwendig, von Seite der Gemeinde Ersatzausführungen zu machen. Im Jahre 1950 waren für diesen Zweck im Budget ursprünglich 7 Millionen eingesetzt, durch Nachtragskredite ist diese Summe jedoch auf 23 Millionen angewachsen. Wir sind der Hoffnung, sagte Stadtrat Jonas, daß durch die Beschließung der Novelle zum Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz im Jahre 1951 die Vornahme der Ersatzausführungen doch in einem geringen Umfang notwendig sein wird als 1950.

Stadtrat Jonas führte sodann im einzelnen 39 Baustellen an, an denen im kommenden Jahre Gemeindewohnhausanlagen errichtet werden. Für die einzelnen Bezirke ergeben sich nach diesem Programm folgende Zahlen an neuen Wohnungen: 1. Bezirk 100, 2. Bezirk 120, 3. Bezirk 100, 5. Bezirk 218, 6. Bezirk 87, 10. Bezirk 410, 11. Bezirk 106, 12. Bezirk 383, 13. Bezirk 258, 14. Bezirk 497, 16. Bezirk 240, 17. Bezirk 64, 19. Bezirk 139, 20. Bezirk 303, 21. Bezirk 450, 22. Bezirk 311, weiter in Liesing 31, in Inzersdorf 56 und in Mauer 28 Wohnungen. Das sind insgesamt 39 Baustellen mit rund 3.900 Wohnungen, die die Gemeinde Wien im Normalbauprogramm im Jahre 1951 sicher bewilligt. (Starker Beifall bei den Sozialisten.) Zu diesem Normalbauprogramm gedenkt die Gemeinde, das im Jahr 1950 begonnene Schnellbauprogramm der kleinen Wohnungstypen fortzusetzen und an den schon begonnenen Baustellen in der Gudrunstraße im 10. Bezirk und in der Siemensstraße im 21. Bezirk als zweiter Bauteil heuer wieder je 500, also insgesamt 1000 Wohnungen zusätzlich zu bauen. Somit ist im kommenden Jahr mit dem Beginn von mindestens 4.900 Wohnungen zu rechnen. (Beifall.)

Hinsichtlich der Größe dieser Wohnungen ist vorgesehen, daß im Normalbauprogramm die Type A (Einzelraum) mit 20 Prozent, die Type B (Wohnküche und Zimmer) mit 45 Prozent, die Type C (Wohnküche, Zimmer und Kammer) mit 25 Prozent und die Type D (2 Zimmer, Wohnküche und Kammer) mit 10 Prozent vertreten sein werden.

Waschmaschinen im Hause

Die Bauabteilungen sind bemüht, Neuerungen, die sich im Interesse der Mieter als nützlich, notwendig und angenehm erweisen, zu erproben und, wenn sie keine bedeutende Baukostensteigerungen herbeiführen, auch einzuführen. So ist vorgesehen, in neuen Wohnhausanlagen, die eine größere Zahl von Stiegen vereinigen, die Waschküche maschinell einzurichten, damit den Frauen die schwere Arbeit der Familienwäsche erleichtert wird. Für Stiegenanordnungen bei 30 bis 40 Wohnparteien sollen diese Waschküchen mit normalem Waschtrog und Waschgeschirr und zusätzlich mit Waschmaschinen, Zentrifugen und Trockenofen in gesonderter Trockenkammer ausgestattet werden.

Komplett installierte Brauseräume

Eine andere Änderung ergibt sich in der Anordnung der bisherigen Baderäume. Die Erfahrung habe gezeigt, daß die Mieter in den neuen Wohnhäusern der Gemeinde Wien nicht immer imstande sind, die ihnen zur Verfügung gestellten Baderäume sofort auszugestalten. Es lag nicht in der Absicht der Gemeinde Wien, diese Räume für andere Zwecke zu schaffen. Wir wollen der wirtschaftlichen Lage der kommenden Mieter Rechnung tragen und ohne Erhöhung der Baukosten den bisherigen Baderaum in einen Brauseraum mit Waschtisch umwandeln, gleichzeitig aber auch diesen Brauseraum komplett installieren. Dazu gehört auch ein Durchlauferhitzer, der auch eine Neuerung für die Küche bringen wird, weil er gleichzeitig der Hausfrau in der Küche Warmwasser zur Verfügung stellt. (Beifall bei der SPÖ.)

Dieser Brauseraum wird in seinen Ausmaßen so gehalten sein, daß der Mieter zusätzlich zu dieser Brauseanlage eine Kurzwanne einbauen lassen kann, wenn er sich in dieser Form baden will. Diese Regelung gilt für noch nicht schon begonnene Bauvorhaben.

Wohnhausanlagen für ältere Ehepaare

An zwei Stellen sollen im nächsten Jahr in größeren Wohnhausanlagen eigene, in sich geschlossene, aber doch im Zusammenhang mit der Gesamtanlage stehende kleinere Wohnhausanlagen für ältere, alleinstehende Ehepaare geschaffen werden. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Vielleicht kann dieser Versuch dazu führen, von dem bisherigen im Kasernensystem erbauten Altersheimen und Altersasylen abzukommen. Die Gemeinde geht dabei von dem Grundsatz aus, daß die alten Menschen nicht aus ihrem bisherigen Milieu herausgerissen und vom übrigen Leben isoliert werden sollen, sie sollen die Möglichkeit haben, mit der übrigen Welt, mit Kindern, Freunden, Verwandten und Bekannten in Verbindung zu kommen. Die ersten zwei Anlagen werden im Rahmen der Wohnhausanlage Siemensstraße und der Anlage im Lainzer Tiergarten errichtet, sind also außerordentlich günstig gelegen. Der Referent hofft, die Zustimmung des Gemeinderates voraussetzen zu dürfen, daß im kommenden Baujahr noch weitere solche Anlagen errichtet werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Wohnungen für alleinstehende Berufstätige

Auch alleinstehendenberufstätigenFrauen - natürlich auch Männern - soll Gelegenheit geboten werden, in größerer Zahl unterzukommen, um dem Elend des Untermietverhältnisses endlich einmal entfliehen zu können. (Beifall bei den Sozialisten.) In der Waldvogelstraße ist ein Bautrakt mit 60 Wohnungen für diesen Zweck vorgesehen. Da dieses Objekt in unmittelbarer Nähe der Krankenanstalt der Gemeinde Wien in Lainz liegt, wird bei der Vergebung dieser Einzelraumwohnungen auf die Bedürfnisse der in den Lainzer Anstalten tätigen Krankenschwestern sicher Rücksicht genommen werden können. (Beifall bei der SPÖ.) Im kommenden Jahr wird auch ein Teil einer Wohnhausanlage im 16. Bezirk diesem Zweck gewidmet werden und somit die Möglichkeit bestehen, die im Wilhelminenspital tätigen Krankenschwestern zum Teil von ihren Wohnungssorgen zu befreien. Auch im Zusammenhang mit der Errichtung einer Schwesternschule in der Wilhelminenstraße wird ein Schwesternheim für bereits aktiv tätige Schwestern errichtet werden. (Erneuter Beifall.)

109 Baustellen für den Wohnhausneubau im Jahre 1951

5000 schlüsselfertige Wohnungen für das Wohnungsamt

Das Höchstausmaß an Baustellen für den Wohnhausneubau betrug im Jahre 1950 107 Baustellen. In das kommende Jahr 1951 gehen wir mit einem Überhang von 68 Baustellen, in denen sich 6.218 Wohnungen befinden werden. Für 1951 sind 41 neue Baustellen mit

4.901 Wohnungen vorgesehen, so daß im Jahre 1951 an zusammen 109 Baustellen mit 11.119 Wohnungen gebaut werden wird. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.) Selbst mit Rücksicht auf die durch die internationale Lage bedingte Verknappung auf dem Gebiete der Baustoffversorgung werden im Jahre 1951 rund 5.000 Wohnungen schlüsselfertig dem Wohnungsamt zur Verfügung gestellt werden können. (Erneuter starker Beifall.)

An 35 großen Baustellen und 3 Schulen konnten die Arbeiten soweit vorgetrieben werden, daß im Winter im Inneren der Häuser die Professionisten weiter arbeiten können.

Die Auswirkungen der Bautätigkeit der Gemeinde auf den Arbeitsmarkt

In den vergangenen Monaten wurden an bestimmten Stichtagen die Baustellen und Arbeitsstellen der Gemeinde gezählt, einschließlich der Zahl der an diesen Bau- und Arbeitsstellen tätigen Arbeiter und Angestellten der privaten Firmen, die mit Aufträgen betraut wurden.

An einem Stichtag im Juni unterhielt die Gemeinde 1022 Bau- und Arbeitsstellen mit insgesamt 14.789 Arbeitskräften - nicht gerechnet jene schwer festzustellenden tausende Arbeitskräfte, die in den Werkstätten für diese Baustellen arbeiteten, um Materialien und Baubestandteile herzustellen.

Im Juli 1.50 stieg die Zahl der Baustellen auf 1485 und die Zahl der an diesen Baustellen Beschäftigten auf 16.344.

Im September stieg die Zahl der Baustellen weiter auf 1795 und die Zahl der Beschäftigten auf 19.145.

Im Oktober, einer Zeit also, in der die Saisonberufe ihre Arbeitskräfte schon abstoßen müssen, weil viele Arbeitsvorhaben auslaufen, war eine weitere Steigerung auf 1932 Baustellen mit insgesamt 19.299 Arbeitskräften zu verzeichnen.

Diese Zahlen zeigen, wie ungeheuer befruchtend die Bautätigkeit der Gemeinde Wien sich auf das Wirtschaftsleben und die Versorgung der Arbeiter mit Arbeitsplätzen auswirkt.

1761 Baustellen mit 18.826 Arbeitern im Dezember!

Mit Stichtag 1. Dezember 1950 wurde noch immer an 1761 Baustellen mit 18.826 direkt an den Baustellen beschäftigten Arbeitern gearbeitet.

Dieses Ergebnis in einer Zeit, in der ansonsten an den Baustellen schon meist Ruhe herrscht, ist als ein außerordentlich großer Erfolg des Bauamtes der Gemeinde Wien anzusehen. (Zustimmung bei den Sozialisten.) Leider werde es nicht möglich sein, diese Arbeitsintensität den ganzen Winter hindurch beizubehalten, da vor allem bei den Straßenbauarbeiten die Temperaturverhältnisse schon mit Rücksicht auf die gesundheitliche Gefährdung der Arbeiter eine Weiterführung der Arbeiten verbietet.

Die Vorbereitungsarbeiten für das Neubauprogramm für 1951 in der Planung und Grundbeschaffung werden so forciert und vorbereitet werden, daß der Großteil der Neubauten der Gemeinde Wien mit Eintritt des Bauwetters begonnen werden kann, wodurch die Arbeitsämter vom größten Druck der arbeitssuchenden Baufach- und Bauhilfsarbeitern entlastet werden. (Beifall bei den Sozialisten.)

1950 - 3.995 Wohnungen fertiggestellt. - Das Versprechen erfüllt

Im Jahre 1950 wurde einschließlich des Überhanges aus dem Jahre 1949 an insgesamt 10.213 Wohnungen gearbeitet. Am 31. Dezember 1950 werden dem Wohnungsamt 3.995 neue Wohnungen schlüsselfertig übergeben sein, also nur um 5 Wohnungen weniger, als der Referent bei der Budgetberatung für 1950 angekündigt hatte. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Erfüllung der dem Bauamt gestellten Aufgaben war nicht leicht. Diese Aufgaben konnten nur bewältigt werden, weil alle Angestellten des Bauamtes von den leitenden Beamten bis zu den letzten Inspektionsorganen auf den Baustellen all ihre Kraft und ihr Können eingesetzt haben, um mit ihrer Arbeit der Bevölkerung Wiens zu dienen. Allen diesen Angestellten des Bauamtes soll von dieser Stelle aus der herzlichste Dank für ihre beharrliche, fleißige und treue Arbeit ausgesprochen werden. (Lebhafter Beifall bei den Gemeinderäten der SPÖ und ÖVP.)

Die Kriegsschadenbehebung

Als ein weiteres wichtiges Kapitel des Bauwesens bezeichnet Stadtrat Jonas die Frage der Kriegsschadenbehebung. So wurden 1950 in gemeindeeigenen Häusern 1.031 leicht, 75 schwer und 594 total beschädigte Wohnungen instandgesetzt und der Benützung zugeführt. Wenn man betrachtet, daß 1945 rund 9.000 Wohnungen leicht, 5.000 schwer und fast 4.000 total zerstört waren, und heute nur mehr 760 leicht, 2.000 schwer und 1.600 total beschädigte Wohnungen des Wiederaufbaues harren, so kann man sagen, daß auch auf diesem Gebiete etwas geleistet wurde. Der Redner hofft, daß im kommenden Jahr die Wiederinstandsetzung noch schneller erfolgen wird können.

Der Magistratsabteilung 25, die im Einvernehmen mit der Magistratsabteilung 24 arbeitet, stehen für die Ersatzvornahmen und Sicherungsarbeiten 24 Millionen Schilling zur Verfügung. Diese Abteilungen haben bis Ende November des heurigen Jahres an 586 privaten Wiener Wohnhäusern Sicherungs- und Ersatzvornahmen durchgeführt. Es sind damit 4.051 Wohnungen in privaten Wohnhäusern in ihrem Bestand gesichert worden. Im Zusammenhang mit diesen Arbeiten sind rund 67.000 m² Dachfläche repariert oder neu gedeckt worden. Derzeit sind 220 solcher Ersatzvornahmen in Arbeit.

Der Schutt muß verschwinden!

Diese Magistratsabteilung wird auch im Zusammenhang mit der Winterarbeitsbeschaffung einen großen Teil des in Wien noch vorhandenen Bombenschuttes beseitigen. Der Referent spricht sodann von den Schwierigkeiten, die dieser beschleunigten Schutt-abfuhr entgegengebracht werden und stellt mit Bedauern fest, daß hier die so gut gemeinten Absichten der Gemeinde Wien bekämpft werden. Er erklärt, die Gemeinde Wien hat es nicht notwendig, wie in verschiedenen Zeitungsartikeln berichtet wurde, versteckte Enteignungsabsichten damit zu verbinden, man kann aber nicht fünf Jahre nach Kriegsende die Schutthaufen herumliegen lassen.

Zu der von GR.Dr.Prutscher (ÖVP) in der Generaldebatte aufgeworfenen Frage über die Absichten der Gemeinde Wien hinsichtlich ihrer Boden- und Grundgebarung kann nur gesagt werden, daß

die Gemeinde Wien ihren Grund und Boden der Öffentlichkeit in Form von Wohnhausbauten, Schulen, Kindergärten, Straßen usw. zur Verfügung stellt. Die Gemeinde hat keinen Bodenvorrat, der einer undurchdringlichen Gebärung unterliegt. Stadtrat Jonas stellt fest, daß es in anderen Ländern bedeutend bessere Gesetze gibt, die es der Gemeinde erlauben, Grundflächen, die dem allgemeinen Interesse dienen sollen, erwerben zu können. Seit Jahrzehnten gibt es auch in Österreich ein Bodenenteignungsgesetz, und zwar das im Rahmen des Österreichischen Eisenbahngesetzes, das widerspruchslos anerkannt und angewendet wird. Er würde hier kein Mensch sagen, hier könne keine Eisenbahn gebaut werden, weil ein privater Eigentümer den Grund nicht hergeben will. Genau so wichtige Interessen sind aber auch die, der Bevölkerung genügend Wohnraum zu schaffen, Erholungsflächen, Schulen, Bäder, Spitäler und vieles andere mehr zu bauen. (Starker Beifall bei der SPÖ)

Der Wohnhauswiederaufbaufonds

Stadtrat Jonas teilt mit, daß im heurigen Winter bereits an 116 Stellen der Bombenschutt von Privathäusern weggeräumt werden wird. Mit dem Wohnhauswiederaufbaufonds ist die Vereinbarung getroffen worden, daß den privaten Besitzern dieser Parzellen, soweit sie um Wohnhauswiederaufbaufondsmittel angesucht haben und für den Fall, daß die Schuttabfuhr als Ersatzvornahme von der Gemeinde durchgeführt wird, die Zusage von Fondsmitteln dadurch nicht unmöglich gemacht wird.

Bei der Wiener Landesregierung als zuständige Stelle sind vom 1. Jänner bis 30. November 1950 610 private Ansuchen um Fondsmittel im Betrage von rund 546 Millionen Schilling und von der Gemeinde Wien 45 Ansuchen um 20 Millionen Schilling eingelaufen. Dies sind bedeutend höhere Beträge als dem Fonds zur Verfügung stehen und es ist nicht damit zu rechnen, daß diese Ansuchen in einem oder zwei Jahren befriedigt werden können. Im gleichen Zeitraum wurden 51 Ansuchen mit rund 33 Millionen Schilling genehmigt. Der Referent spricht die Hoffnung aus, daß mit der Novellierung des Wohnhauswiederaufbaugesetzes und mit der Er-

schließung neuer Mittel für den Wohnhauswiederaufbau. Im kommenden Jahr bessere Verhältnisse eintreten werden. Beim Bund liegen von der Gemeinde Wien 125 Ansuchen um 56,465.000 Schilling vor, die noch nicht bewilligt wurden.

Der Wiederaufbau der städtischen Wohnhäuser

Die Magistratsabteilung 27, Wohnhäusererhaltung, budgetiert im ordentlichen Budget des kommenden Jahres 20,350.000 Schilling, im außerordentlichen Budget 64 Millionen Schilling für den Wiederaufbau der zerstörten gemeindeeigenen Wohnhäuser. Diese Magistratsabteilung hat im Jahre 1950 eine segensreiche Tätigkeit entwickelt. Durch Gewährung von Zusatzkrediten konnte sie der Wiederherstellung und Instandsetzung der Gemeindehäuser großes Augenmerk zuwenden. So wurden z.B. 425 Stiegenhäuser generalinstandgesetzt, 85 Stiegenhäuser wurden nach Kriegsschäden mit eigenen Mitteln instandgesetzt. 782 Kamine wurden repariert, 1.218 Dächer instandgesetzt, in 1.018 Wohnungen wurden Fenster und Türen wiederhergestellt, in 1.586 Stiegenhäusern wurden die Malerarbeiten durchgeführt, 647 Hofwege wurden gerichtet und an 165 wurden Sicherungsmaßnahmen durchgeführt. In 300 Wohnungen wurden elektrisches Licht und in 330 Wohnungen Gas eingeleitet. In den in der Zeit zwischen 1934 und 1938 erbauten Familienasylen wurden in 1.360 Wohnungen, die bis jetzt kein Gas hatten, entsprechende Installationen vorgenommen. Im kommenden Jahr soll die Wiederinstandsetzung der gemeindeeigenen Wohnhäuser in möglichst großem Umfang fortgesetzt werden. Für diese Arbeiten stehen 15 Millionen Schilling aus gemeindeeigenen Mitteln zur Verfügung; 49 Millionen Schilling sollen aus Fondsmitteln aufgebracht werden.

Die Magistratsabteilung 26 sieht den dritten Teil des Umbaues der elektrischen Anlage im Rathaus vor, hierzu werden rund 755.000 Schilling benötigt.

Für den Neubau von Zentralheizungsanlagen in städtischen Amtshäusern werden 1,321.000 Schilling, für die Errichtung, bezw. Verlegung von Tbc-Fürsorgestellen 436.000, als Baukostenbeitrag für zwei Mutterberatungsstellen 110.000, für die Fertigstellung des Jugendgästehauses Schloß Pötzleinsdorf 1,600.000 und den Ausbau der Kindererhöhungsstätte Girzenberg 400.000 Schilling erforderlich sein. Auch eine Reihe weiterer Arbeiten kleineren Umfanges in städtischen Amtsstellen und Amtshäusern ist notwendig.

Der Ausbau der Wiener Straßen

Für den Straßenbau sind im Jahr 1951 im ordentlichen Budget Einnahmen von 2.5 Millionen und Ausgaben von rund 44 Millionen vorgesehen. Dies bedeutet eine Erweiterung des Budgets gegenüber dem Vorjahr um fast 7 Millionen Schilling. Im außerordentlichen Budget sind rund 5 Millionen vorgesehen, der gleiche Betrag wie 1950. Von den Ausgaben im ordentlichen Budget sind 20 Millionen für die Erhaltung der bestehenden 3.500 Kilometer Straßen bestimmt; eine große Aufgabe, weil die Versäumnisse des Krieges noch lange nicht gut gemacht werden konnten. Für Neu- und Umbauten sind 22 Millionen vorgesehen. Im Bauprogramm befinden sich unter anderem die Fortsetzung des Umbaus der Mariahilfer Straße, der Simmeringer Hauptstraße und der Gürtelstraße. Neue Bauvorhaben sind die Heiligenstädter Straße und der Aspernplatz.

Stadtrat Jonas gab auch einen Überblick über die Bombenschäden im Wiener Straßennetz. Die 4.653 Trichter zu Kriegsende sind zu 77 Prozent dauernd befestigt, das heißt, daß 3.060 Bombenschäden zur Gänze beseitigt wurden. Davon allein im heurigen Jahr 350. (Beifall.)

Insgesamt sind heuer 1,850.000 Quadratmeter oder 230 Kilometer des Wiener Straßennetzes im neuen Zustand der Wiener Bevölkerung zur Verfügung gestellt worden. Im gleichen Zeitraum wurden eine Fläche von 172.000 Quadratmeter oder 68 Kilometer Gehsteige neu wieder hergestellt. Der Materialaufwand für die Arbeiten dieser Abteilung füllte 18.579 Waggons. Stadtrat Jonas betonte, daß der Straßenbau imstande ist, am meisten zur Beschäftigung von Hilfsarbeitern beizutragen. Im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit komme daher dem Straßenbau große Bedeutung zu.

Aspernbrücke Ende 1951 fertiggestellt

Wiederaufbau der Marienbrücke

Im Brücken- und Wasserbau, Magistratsabteilung 29, sind rund 5,8 Millionen Schilling Einnahmen und 25,807.000 S Ausgaben veranschlagt. Davon sind für die Anlagenerhaltung 5 Millionen bestimmt. Zur Fortsetzung des Ubaues der Malinowski-
brücke ist ein Betrag von 2,5 Millionen vorgesehen. Es sollen weiters zwei Felder der Strombrücke und ein Feld der Flutbrücke umgebaut werden. Die endgültige Fertigstellung wird in den Jahren 1952 und 1953 erfolgen.

Wichtige Arbeiten sind für diese Abteilung mit dem Neubau des Westbahnhofes verbunden: die Überdeckung des Ein-
schnittes der Stadtbahn, die Versenkung des Stationsgebäudes und der Bau von zwei Tunnels, die die Passanten ohne Kreuzung der oberirdischen Verkehrsstraßen über das unterirdische Stationsgebäude der Stadtbahn direkt in den Westbahnhof gelangen lassen. Für diese Arbeiten sind 3,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Auf dem Gebiet des Wasserbaues werden im kommenden Jahr unter anderem die Liesingbachregulierung fortgesetzt und die Arbeiten am Weidlingbach durchgeführt werden.

Im außerordentlichen Budget sind 14 Millionen veranschlagt, davon allein für die 3. Baurate der Aspernbrücke 6,8 Millionen Schilling. Stadtrat Jonas machte die Mitteilung, daß die Aspernbrücke bis Ende 1951, wenn keine zusätzlichen Erschwerungen eintreten, dem Verkehr übergeben werden kann. (Lebhafter Beifall.) Die Arbeiten an den Stahlkonstruktionsteilen stehen vor dem Abschluß. Beim Eintritt des schönen Bauwetters wird mit der Montage begonnen. Im nächsten Jahr wird auch mit dem Wieder-
aufbau der Marienbrücke angefangen.

Abschließend teile Stadtrat Jonas mit, daß von den 136 kriegszerstörten oder beschädigten Brücken 119 bereits zur Gänze wiederhergestellt werden konnten.

Kriegsschäden am Kanalnetz restlos beseitigt

Für die Abteilung Kanalisation, Magistratsabteilung 30, sind Einnahmen von 10.8 Millionen und Ausgaben von 32 Millionen vorgesehen. Die Behebung der Kriegsschäden am Kanalnetz ist abgeschlossen. Für Kanalneu- bzw. Umbauten sind im Budget 15 Millionen eingesetzt gegenüber 7.9 Millionen im Vorjahr. Stadtrat Jonas hob besonders das große Kanalbauprojekt in Leopoldau hervor, das mit 6.8 Millionen veranschlagt ist. Dadurch wird für die Entwässerung des gesamten nördlichen Wiener Stadtgebietes vorgesorgt und eine großzügige Besiedlung vorbereitet, die wegen der mangelnden Kanalisation bisher nicht möglich war.

Im laufenden Jahr wurden 2.117 Meter alte Ziegelkanäle in Beton umgebaut, 2.420 Meter Ziegelkanäle instandgesetzt und 10.673 Kanalneubauten durchgeführt. Bei der Kanalräumung wurden 6.278 Kubikmeter Schotter und Sand im Laufe des Jahres entfernt sowie 16.900 Senkgruben und Sickergruben geräumt.

Auch Wasser kostet Geld!

Die Wasserwerke, Magistratsabteilung 31, sehen im ordentlichen Budget Einnahmen von 40 Millionen vor, davon allein an Wassergebühren 29 Millionen. Die Ausgaben betragen 64 Millionen, davon für die Erhaltung der Anlagen 15.5 Millionen. Die baulichen Herstellungen erfordern 15 Millionen Schilling. Wie Stadtrat Jonas betonte, zeigen diese Ziffern der Wiener Bevölkerung, daß es falsch ist zu glauben, das Wiener Hochquellenwasser koste nichts. Die meisten Wiener denken nicht daran, wenn sie den Wasserhahn aufdrehen, daß vom Ursprung bis zum Wasserhahn ein weiter Weg ist, daß kostspielige Einrichtungen geschaffen werden mußten, um das Wasser nach Wien zu bringen und daß auch die Instandhaltung dieser langen Leitungen große Kosten verursacht.

Im Programm für das Jahr 1951 sind große Bauarbeiten vorgesehen, in erster Linie der Großspeicher in Neusiedl am Steinfeld für dessen erstes Bauos 8.5 Millionen veranschlagt sind. Stadtrat Jonas drückte seine Erwartung aus, daß auch in den kommenden Jahren für die Fortsetzung dieser Arbeiten im Budget vorgesorgt wird. Das erste Bauos würde nicht genügen, um die notwendige Wasserversorgung für Wien bei Spitzenbedarf zu gewährleisten.

Eine andere große Arbeit auf einige Jahre ist die Umlegung des Rohrstranges vom Behälter Rosenhügel in den 11. Bezirk. Weiter werden der bestehende Behälterraum und die Hebewerke ausgebaut.

Für 1950 gab der Referent folgenden Überblick: In diesem Jahr wurde der größte bisher erreichte Wasserverbrauch in Wien verzeichnet. Während 1937 insgesamt 93,5 Millionen Kubikmeter und 1949 insgesamt 128,9 ^{Millionen} Kubikmeter Wasser verbraucht wurden, waren es im Jahre 1950 rund 130 Millionen Kubikmeter. Das bedeutet einen Durchschnittsverbrauch von 230 Liter pro Kopf der Bevölkerung im Tag. Der Maximalbedarf im heurigen Jahr war 312 Liter, der kleinste 188 Liter pro Kopf und Tag.

Stadtrat Jonas erwähnte auch die großen Rohrumlegungsarbeiten der Wasserwerke am Westbahnhof, die in einer Rekordzeit durchgeführt wurden.

Friedensstand bei Straßenbeleuchtung erreicht

Bei der öffentlichen Beleuchtung, Magistratsabteilung 33, sind 10,315.000 S Ausgaben vorgesehen, allein für die Instandhaltung 7,3 Millionen, für Neu- und Umbauten 3 Millionen. Im außerordentlichen Budget sind 2,850.000 S veranschlagt. Mit Ende 1950 werden rund 1,885 Kilometer Straßenbeleuchtung fertiggestellt sein. Bei der elektrischen Beleuchtung ergibt sich für heuer ein Zuwachs von 3700 Lampen, sodaß der Friedensstand von 35.000 elektrischen Straßenlampen wieder erreicht ist. (Beifall.) Zusammen mit der Gasbeleuchtung wurde durch den Zuwachs im heurigen Jahr eine Zahl von 39.560 beleuchteten Stellen erreicht. Auch mit dem Ausbau der halbnächtlichen Beleuchtung wurde begonnen, das heißt, die wichtigsten Verkehrsstraßen sind schon friedensmäßig beleuchtet. Dieser Ausbau wird im nächsten Jahr im gleichen Umfang fortgeführt werden. Auch neue Leuchtkörper werden erprobt. 7 öffentliche Uhren wurden in diesem Jahr neu in Betrieb genommen.

10 Millionen Quadratmeter Grünflächen und 100.000 Alleebäume in Wien

Die Magistratsabteilung 42, Stadtgartenamt, veranschlagt 1,351.000 S Einnahmen und 18,6 Millionen Schilling Ausgaben, davon allein mehr als 15 Millionen für Personalbezüge und soziale Aufwendungen. Die Abteilung für Gärten ist die lohnintensivste beim

ganzen Magistrat. Für die Erhaltung der bestehenden Anlagen sind 1 Million Schilling vorgesehen und für bauliche Herstellungen 800.000 S.

Die Städtgardendirektion hat 1950 einen Arbeitsumfang erreicht, der über die Friedensverhältnisse weit hinausgeht. Insgesamt werden von ihr 865 öffentliche Garten- und Parkanlagen mit einem Gesamtausmaß von 10 Millionen Quadratmetern bearbeitet. Diese Grünflächen dienen in erster Linie der Erholung und der Gesunderhaltung der Wiener Bevölkerung; die Auflockerung des Wiener Stadtgebietes ist ein anerkannter Grundsatz des Aufgabenbereiches der Gemeinde geworden. (Beifall bei der SPÖ.) Nicht weniger als 100.000 Alleebäume werden von der städtischen Gardendirektion gepflegt und betreut. Insgesamt weist eine Straßenlänge von 855 km in Wien einen grünen Baumschmuck auf.

Im Jahre 1950 wurden auch für die Wiederherstellung öffentlicher Gärten große Mittel aufgewendet. In 33 öffentlichen Gartenanlagen wurde eine Fläche von 415.000 Quadratmetern instandgesetzt. In 57 städtischen Wohnhausanlagen wurden Grünflächen im Ausmaß von 134.000 Quadratmetern instandgesetzt. Die Zahl der Gartenbänke konnte im letzten Jahr wieder um 1.500 vermehrt werden.

Gänsehäufel und Amalienbad werden im kommenden Jahr fertiggestellt

Unter den baulichen Herstellungen auf dem Gebiete des Bäderwesens im nächsten Jahre befindet sich vor allem die letzte Baurate des Gänsehäufels; die dritte Baurate für das Volksbad Liesing, das hoffentlich im kommenden Frühjahr der Benützung übergeben werden kann; das Theresienbad soll wiederhergestellt werden; für ein Kinderfreibad im Arenbergpark und in der Gudrunstraße werden Beträge bereitgestellt; ferner ein Betrag von 100.000 S für die Projektierung eines Sommerbades im Bereich des 10. Bezirkes, um die Badebedürfnisse der Bevölkerung der südlichen Teile Wiens zu decken. Im außerordentlichen Budget sind über 2 Millionen Schilling für die Beendigung der Wiederaufbauarbeiten am Amalienbad vorgesehen.

Im Jahre 1950 waren im Bereich der Magistratsabteilung 44, Bäderwesen, 62 öffentliche Badeanstalten in Betrieb, davon 24 Warmbäder einschließlich der sogenannten Volksbäder, 4 kombinierte Warm- und Sommerbäder, 14 Sommerbäder und 20 Kinderfreibäder. Im kommenden Jahr soll auch das Strandbad Stadlau nach seinem Wiederaufbau wieder der Benützung übergeben werden.

1.375.000 Besucher in den Sommerbädern und 592.000
in den Kinderfreibädern

In den städtischen Sommerbädern wurden 1,375,000 Besucher gezählt, in den Kinderfreibädern waren 592.000 Kinder zu Gast, eine Zahl, die weit über die Friedensverhältnisse hinausgeht. Durch den weiteren Ausbau des Netzes an Kinderfreibädern sollen weitere Gesundheit und Lebensfreude fördernde Einrichtungen geschaffen werden. (Beifall bei den Parteigenossen.)

257 Schulen seit Kriegsende wieder instandgesetzt

257 der kriegsbeschädigten Schulen wurden wieder instandgesetzt und ihrer Verwendung übergeben; nur mehr 49 Objekte sind noch instandzusetzen, davon ist ein Teil nicht greifbar. Mit den im kommenden Jahr zur Verfügung stehenden 20 Millionen Schilling wird ein wertvoller Beitrag geleistet werden, den unliebsamen Wechselunterricht in den Schulen weiter einschränken zu können. 31 Schulen werden noch immer für andere Zwecke als für den Schulbetrieb in Anspruch genommen.

850.000 Tonnen Baustoffe für die Gemeinde

Die mit der Baustoffbeschaffung betraute Magistratsabteilung 21 verschaffte, bzw. vermittelte im Jahre 1950 rund 850.000 Tonnen Baustoffe, d.s. 85.000 Eisenbahnwaggons, für die Bautätigkeit der Gemeinde Wien. Die Kosten dieser Baustoffe beliefen sich auf rund 110 Millionen Schilling.

Das Kapitel Bauwesen ist, wie der Referent betont, von besonderer wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung. Es wurden alle Voraussetzungen geschaffen, da für die Durchführung des Bauprogrammes 1951 das notwendige Material, soweit es überhaupt greifbar ist, zur Verfügung steht. Vor allem auf dem

Gebiete des Baueisens ist allerdings mit Engpässen zu rechnen.

Auch auf dem Gebiet der Bauholzversorgung sind Schwierigkeiten möglich. Hoffentlich wird es den gemeinsamen Anstrengungen aller dennoch gelingen, die vorgesehenen Bauvorhaben durchzuführen.

Die Ansätze dieser Geschäftsgruppe lassen hoffen, daß im kommenden Jahr verstärkt die Behebung der Kriegsschäden durchgeführt und auf manchen Gebieten beendet wird und daß ein wertvoller Beitrag für die Neugestaltung unserer Heimatstadt geliefert wird. (Lebhafter anhaltender Beifall bei SPÖ und WdU.)

Demonstration der WdU gegen GR. Maller

Als erster Debatteredner spricht GR. Maller (LBl). Bei Beginn seiner Ausführungen verlassen die Gemeinderäte der WdU demonstrativ den Saal.

Der Redner weist darauf hin, daß in keiner anderen Stadt der Welt eine solche Massierung von Kleinwohnungen angetroffen werde wie in Wien. 73,2 Prozent der 554.545 Wiener Wohnungen waren im Jahre 1917 Kleinwohnungen, die aus höchstens Zimmer und Küche bestanden. Aber auch 65 Prozent der von der Gemeinde Wien in den letzten Jahren erbauten Wohnungen waren ausgesprochene Kleinwohnungen. Unter solchen Umständen könne man nicht von einem sozialen Wohnhausbau sprechen. Es sei auch unhaltbar, Bodenräume in Dachwohnungen auszubauen.

GR. Maller stellt nachdrücklich fest, daß Wohnungen und der Wohnungsbau keine Profitquelle und kein Mittel zur Bereicherung sein dürfen. Er spricht sich für eine Kommunalisierung des gesamten Haus- und Grundbesitzes aus. Diese Maßnahme würde der Gemeinde die Möglichkeit geben, durch Ersparung der hohen Grundstückspreise, weitaus billiger zu bauen. Der Redner spricht die Hoffnung aus, daß die Gemeinde alles daransetzen wird, um die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, das "Zinsgeierwesen" in unserer Stadt endgültig zu liquidieren.

GR. Maller spricht sodann davon, daß an einigen Gemeindebauten wohl die Fassade gerichtet wurde, sich im Inneren dieser Bauten aber noch Ruinen befinden. Er wirft die Frage auf, ob Stadtrat Resch mit dem nötigen Nachdruck den Bund an seine Verpflichtung, nämlich die Gewährung von Wiederaufbaukrediten, erinnert hat. Ein schreckliches Wohnungselend herrscht auch noch am Mühlshüttel, in Teilen von Floridsdorf, Meidling, Ottakring usw. Auch die Straßen in den Arbeiterbezirken müßten hergestellt werden, nicht nur die Mariahilfer Straße.

Der Redner erklärt, der Linksblock könne dem vorliegenden Hauptstück nicht zustimmen.

GR. Lust (ÖVP.) mahnt die Baudirektion, sich als fachliche Behörde aus dem politischen Getriebe herauszuhalten. Sie dürfe nicht ein Werkzeug zur Vollstreckung einer politischen Weltanschauung werden. (Starker Beifall bei der ÖVP.) Die Baudirektion müsse mehr Initiative an den Tag legen, schöpferisch und richtunggebend wirken. Der Redner spricht von einer Gefahr der Fachkräfteschrumpfung. Er verlangte für Techniker und Bauingenieure eine höhere Bezahlung oder zumindest Zulagen.

GR. Lust zeigt Vorteile auf, die sich durch Zusammenlegung der einzelnen Bauabteilungen in einem Gebäude ergeben würden. Die derzeit bestehenden Verhältnisse, da sich die verschiedenen Abteilungen in allen möglichen Bezirken befinden, könne man wirklich nicht als Verwaltungsreform bezeichnen. Eine einmalige Gelegenheit zur Errichtung eines Zentralgebäudes wurde versäumt, und zwar wurde an diese Stelle das "Forum" gebaut. (Zustimmung bei der ÖVP.) Es müsse nun untersucht werden, ob nicht das "Neue Amtshaus" (Ebendorferstraße 1), in dem sich verschiedene, von einander vollständig unabhängige Magistratsabteilungen befinden und daher so anders untergebracht werden könnten, hierzu geeignet wäre. Eine solche Zusammenlegung ermögliche besseren Kontakt zwischen den Baufachabteilungen und Ersparung von Hilfspersonal.

Der Redner verlangt in Zusammenhang mit Planungen Enqueten und Ausstellungen, um auch der breiten Öffentlichkeit die Möglichkeit einer vernünftigen und interessanten Mitarbeit zu geben.

Die Stadtplanung hat außerordentlich Ersprießliches geleistet, nur sei der Fortschritt zu langsam. Er bedauert, daß die vom Bundesamt angebotene Stadtvermessung aus unerklärlichen Grün-

den ausgeschlagen wurde.

Der Redner regt an, zu dem in der Bauordnung vorgesehenen Fachbeirat auch einen Vertreter der Wirtschaft und eventuell einen Vertreter der Bevölkerung beizuziehen. Es könnten dadurch viele befruchtende Vorschläge gemacht werden. Auch aus einer Beiziehung der Presse sieht der Redner große Vorteile.

GR.Lust tritt für Hinzuziehung von Ziviltechnikern ein, die für die Stadtplanung viel leisten könnten. Der Redner wies auf die Wichtigkeit des sozialen Wohnhausbaues hin, den auch die ÖVP voll und ganz unterstützt. Aber sozialer Wohnhausbau allein genügt nicht, es müssen vielmehr alle Quellen ausgeschöpft werden. Redner hebt das genossenschaftliche Bauen und vor allem den Eigentumswohnbau hervor. In dem Zusammenhang kritisiert er den prozentuellen Anteil der Einzelräume an den gebauten Wohnungstypen, den er mit 10 und 25 Prozent als viel zu hoch bezeichnet. Es wäre wichtiger, zuerst Wohnungen für Familien und Ehepaare zu schaffen, als Wohnraum für Einzelstehende. (Beifall.)

GR.Lust bemängelt, daß jetzt Duschen in den Gemeindefwohnungen eingerichtet werden. Die Kostenaufstellung ergab zwar eine scheinbare Verbilligung um 700 S, doch sind darin nicht die Kosten der Wandverkleidung und einer Untertasse mitgerechnet. Der Redner vertrat auch den Standpunkt, daß ein Bad für ältere Leute, Kinder, Frauen und Kranke zweckmäßiger sei und verwahrte sich dagegen, daß öffentliche Gelder für eine zweitrangige Sache ausgegeben werden.

Redner spricht über die beim Wohnbauprogramm der Gemeinde angewandten verschiedenen Bauweisen und beschäftigt sich eingehend mit den neuen Methoden, von denen er einige scharf kritisiert.

Als Redner in diesem Zusammenhang einen Artikel aus der Zeitschrift des Stadtbauamtes "Der Aufbau" zu verlesen beginnt, macht ihn der Vorsitzende, Bürgermeister Dr.h.c.Körner, darauf aufmerksam, daß es dem Debatteredner nur gestattet ist, kurze Zitate zu verlesen.

Der Redner beschäftigt sich daraufhin mit dem Brückenbau und verlangt dessen Intensivierung. Besonders über den Donaukanal seien mehr Brücken notwendig, wenn kein Verkehrschaos eintreten soll.

Zum Hafenprojekt sagt GR.Lust, daß es höchste Zeit sei, mit dessen Verwirklichung zu beginnen. Er weist auf Linz und Preßburg hin, die beide ihre Hafenanlagen ausbauen.

Bei der Vergebung von Arbeiten regt GR.Lust die Zusammenarbeit mit der Innung an, um einen angemessenen Preis festzustellen und dadurch Unterangebote zu vermeiden, die genau so schädlich sind, wie Überpreise. (Beifall.)

Schließlich spricht GR.Lust über die Ersatzvornahmen, die nach seiner Ansicht in vielen Fällen zu spät kommen und einen riesigen Kostenaufwand verursachen, der oft nicht rentabel erscheint. Man hätte schon im Jahr 1946 damit beginnen sollen. Dann wäre der Wiederaufbau heute schon abgeschlossen. In diesem Zusammenhang bringt der Redner eine Statistik über das Alter der Wiener Privathäuser. Es gibt in Wien noch ein Privathaus aus dem Jahr 1628, eines aus 1642, eines aus 1660 und eines aus 1678. 23 Häuser stammen aus der Zeit von 1701 bis 1725, 22 aus der Zeit von 1726 bis 1750, 80 Häuser wurden zwischen 1751 und 1775 gebaut, 302 zwischen 1776 und 1800, 571 zwischen 1801 und 1825, 1189 zwischen 1826 und 1850, 3465 zwischen 1851 und 1875, 10.079 Häuser zwischen 1878 und 1900 und 10.395 Häuser wurden zwischen 1901 und 1925 erbaut.

Redner beschäftigt sich dann im Detail mit den einzelnen Posten des Budgets und bringt verschiedene Vorschläge und Anregungen vor:

Für den Wiener Hafen seien nur lächerliche Summen eingesetzt. Die verspätete Verwirklichung dieses Projektes kann für Wien in wirtschaftlicher Beziehung einmal einen schweren Nachteil bringen.

Der Redner begrüßte es, daß die Ansätze für den Neubau und den Umbau der öffentlichen Beleuchtung und der öffentlichen Uhren verdoppelt wurden.

Der Fremdenverkehr sei für Wien von besonderer Bedeutung. Einer der Hauptfaktoren sei hier der in der ganzen Welt bekannte persönliche Charme des Wiener. (Beifall bei der ÖVP)

Besondere Bedeutung komme den Gartenanlagen zu, da ja Wien schon lange den Ehrentitel einer Gartenstadt führt. Nach Möglichkeit sollen die Parkflächen Wiens noch weiter vermehrt werden. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Erfreulicherweise könne eine Vermehrung der Ansätze für die Bäder festgestellt werden.

Wenn man zum Budget Stellung nehme, dürfe man es nicht durch die Parteibrille tun, sondern rein objektiv. Es sei nicht gut, ständig gegen eine Sache zu sein, nur deshalb, weil man sie einmal abgelehnt hat, wenn man auch zu einer besseren Einsicht gekommen ist. (Starker Beifall bei der Volkspartei.) Man dürfe nicht Fragen von einem Justamentstandpunkt aus ablehnen. (Erneuter Beifall.) Die Arbeit im Gemeinderat muß vom Verantwortungsbewußtsein der Bevölkerung gegenüber getragen sein. Im Interesse des leidgeprüften Volkes von Wien wäre eine vernünftige Zusammenarbeit wünschenswert; die Bevölkerung würde dann auch dem Parlamentarismus mehr Verständnis entgegenbringen. Aber bringen Sie - fordert der Redner abschließend - es nicht so weit, daß leider auch die parlamentarische Bühne zu anderen Dingen verwendet werden muß, weil keine anderen Mittel zur Verfügung stehen, um vernünftige und gerechte Ansprüche durchzusetzen! (Anhaltender Beifall bei der ÖVP)

Unterbrechung des Berichtes

Konzertveranstaltungen in der Woche vom 25. bis 31. Dezember
 =====

21. Dezember (Rath.Korr.)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 25. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	"Künstler helfen Künstlern" Festliche Weihnachtsakademie
	Gr.K.H.Saal 10.00	Austrophon: Jazzkonzert
	Gr.K.H.Saal 19.30	Gershwin-Konzert
	Mozartsaal 15.30	"1000 Takte Wienerisch" mit Leopold Pollak
Dienstag 26. Dez.	Gr.M.V.Saal 16.00	N.Ö.Tonkünstler-Orchester: VI.Sonntag-Nachmittags-Konzert; Dirigent: Kurt Wöss
	Gr.K.H.Saal 10.00	Austrophon: Jazz-Konzert
	Gr.K.H.Saal 15.30	Österreich-Institut: Festakademie
	Gr.K.H.Saal 19.30	Gershwin-Konzert
Donnerstag 28. Dez.	Mozartsaal 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: Schubert-Abend Jörg Demus, Klavier (verschoben vom 7. Dez.1950)
Samstag 30. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.00	Solistenkonzert blinder Künstler

Neueröffnete Ausstellungen in Wien
 =====

21. Dezember (Rath.Korr.)

Akademie der bildenden Künste 1., Schillerplatz 3	Wettbewerbsarbeiten für den Österreichischen Staatspreis 1950 - Malerei und Graphik	21.12. - 14.1.50
Ausstellungsräume des Amtes für Kultur und Volksbildung 8., Friedrich Schmidt-Pl.5	Malereien und Zeichnungen von Kindern aus Wien und Großbritannien	Mo-Fr 8-16 Uhr Sa 8-12 Uhr So u. Feiertag geschlossen

Rindermarkt vom 21. Dezember, Nachmarkt
=====

21. Dezember (Rath.Korr.) Unverkauft: 2 Ochsen, 28 Kühe, 1 Kalbin, Summe 31. Inland: 21 Ochsen, 6 Stiere, 13 Kühe, Summe 40. Gesamtauftrieb: 23 Ochsen, 6 Stiere, 41 Kühe, 1 Kalbin, Summe 71. Verkauft wurden 23 Ochsen, 6 Stiere, 41 Kühe, 1 Kalbin, Summe 71. Außermarktbezüge 29.

Bei ruhigem Marktverkehr wurden die Nachmarktpreise schwach behauptet.

Schweinemarkt vom 21. Dezember, Nachmarkt
=====

21. Dezember (Rath.Korr.) Unverkauft: nichts von der Vorwoche. Neuzufuhren: inländische Fleischschweine 14, polnische Fleischschweine 49, ungarische Fettschweine 44, Summe 107, Verkauft wurde alles. Außermarktbezüge 369.

Die aufgetriebenen Fleisch- und Fettschweine wurden zu unveränderten Nachmarktpreisen verkauft.

Lebhafter Weihnachtsmarkt
=====

21. Dezember (Rath.Korr.) Mit Rücksicht auf die nahen Festtage zeigte sich heute bereits ein stärkerer Marktverkehr. Geflügel und die zur Herstellung der Weihnachtsbackwaren benötigten Lebensmittel, wie Fette und Mehl, wurden stärker verlangt. Der Fleischverkauf hielt sich in normalen Grenzen. Der Abverkauf ging überall glatt vor sich, der Bedarf konnte gut befriedigt werden. Importbutter ist zum Teil noch in Auslieferung begriffen. Die begehrten billigen Auslandseier wurden, soweit vorhanden, bereits ausgeliefert. Weitere Bezüge aus dem Ausland sind noch im Anrollen und werden für den verlautbarten Aufruf in den nächsten Tagen sowie nach den Feiertagen zur Verfügung stehen.

Kinderzeichnungen aus Wien und Großbritannien
=====

21. Dezember (Rath.Korr.) In den neuen Ausstellungsräumen des Amtes für Kultur und Volksbildung, 8., Friedrich Schmidt-Platz 5, eröffnete heute Stadtrat Mandl die Ausstellung "Kinderzeichnungen aus Wien und Großbritannien". Die Ausstellung, die die Magistratsabteilung 7 gemeinsam mit dem British Council veranstaltet, zeigt eine reiche Auswahl Kinderzeichnungen, deren Divergenz in der Wahl des Themas und in der Art der Darstellung zweifellos Anlaß zu interessanten Diskussionen und Überlegungen geben wird. Die Ausstellung ist von Montag bis Freitag von 8 bis 16 Uhr, Samstag von 8 bis 12 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. Während der Weihnachtswoche bleibt die Ausstellung geschlossen.

Weihnachten in den städtischen Kindergärten
=====

21. Dezember (Rath.Korr.) Heute nachmittag feierten 12.000 Kinder in den städtischen Kindergärten und Kinderhorten Weihnachten. Die Kindergärtnerinnen in den 137 städtischen Kindergärten waren bestrebt, den Kindern diesen Nachmittag womöglich festlich zu gestalten. Unter den Weihnachtsbäumen waren für die Kinder Berge von Spielzeugen und Geschenken aufgehäuft, meist liebevoll von den Kindergärtnerinnen in ihrer freien Zeit gefertigt. Jede Gruppe bekam Geschenke für die Spielecke und jedes Kind darüber hinaus noch eine seinem Alter entsprechende Spende: Puppen, Nähzeuge, Schaufeln, Kübeln, Teller, Schaffnergarnituren usw. Selbstverständlich durfte bei der Bescherung auch ein Sackerl mit Obst und Süßigkeiten nicht fehlen.

Wie jedes Jahr beschenken sich die Kinder untereinander, und mit besonderem Stolz konnten sie auch ihren Eltern ein selbstgebasteltes Weihnachtsgeschenk auf den Gabentisch legen; dies zum Beweis, daß sie im Kindergarten auch das Schenken gelernt haben. Meist waren es in Ton geformte Broschen, Tassen und Figuren aus Bast, aus Nylon geflochtene Damengürtel, klei-

ne Stickereien und sogar auch handgeknüpfte Teppiche. Den Höhepunkt erreichten die Weihnachtsfeiern beim geschmückten und reich gedeckten Jausentisch, an dem den Kindern Torten und Kaffee serviert wurden.

Die Kinder eines Kindergartens in Hietzing, der sich nächst einer sehr stark frequentierten Straße befindet, haben vor ihrer Weihnachtsfeier den Verkehrspolizisten an der Kreuzung besucht. Sie dankten ihm für den Schutz, den er den Kindern bei der Überquerung der Fahrbahn täglich angedeihen läßt, übergaben ihm ein Geschenk und wünschten ihm Frohe Weihnachten. Einen besonders freudigen Verlauf nahm auch die Feier bei den körperbehinderten Kindern im Sonderkindergarten "Schweizer Spende".

Auch in den städtischen Krankenhäusern fanden am heutigen Nachmittag viele Weihnachtsfeiern statt. Bürgermeister Dr. h. c. Körner verbrachte längere Zeit bei der Weihnachtsbescherung im Preyerschen Kinderspital. Er wünschte den Kindern baldige Genesung und Frohe Weihnachten.

Fortsetzung des Berichtes:

GR.Dkfm.Dr.Hohl (ÖVP) spricht von der großen Zahl der bis 1945 schwer beschädigten Wohnungen, und zwar sind es 48.518. Dies ist ungefähr ein Achtel des gesamten Wiener Wohnraumes. Eine Statistik der Wohnraumbewegung zeigt ferner, daß in den Jahren 1947 bis 1949 ein Abgang von insgesamt 15.521 Wohnungen festzustellen ist, dem ein Wohnungszugang von 11.479 gegenübersteht. Diesen Zahlen steht ein Wohnungsbedarf im Ausmaße von rund 50.000 Wohnungssuchenden gegenüber. Er erklärt, es müsse hier alles getan werden, um Abhilfe zu schaffen.

Der Redner nimmt sodann sehr eingehend zum Entwurf des Wiener Wiederaufbaugesetzes 1950 Stellung. Es wären hier seiner Meinung nach einige Abänderungen, bzw. Verbesserungen notwendig.

Während der Ausführungen des Redners kommt es zu stürmischer Heiterkeit, als im Hinblick darauf, daß der Redner umfangreiche Verlesungen vornimmt, GR.Dr.Altmann vom Linksblock dem GR.Hohl ein Amtliches Telephonbuch von Wien auf das Rednerpult legt und dazu bemerkt, der Redner könne darin weiterlesen, falls ihm der Stoff ausgehe.

Zusammenfassend stellt der Redner fest, daß die Bauvorhaben deshalb gefördert werden müssen, weil das Wohnungsbedürfnis zweifellos zu den wichtigsten Lebensbedürfnissen gehöre. Es müsse daher alles getan werden, um die Bautätigkeit zu fördern, nicht aber sie zu erschweren. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

GR.Ing.Pirker (WdU) weist darauf hin, daß die Ansätze für den Wohnhausneubau mit Recht im Budget besonders hervorgehoben werden, da gerade die Bauvorhaben in der Öffentlichkeit das größte Interesse finden. Die Gemeinde Wien habe im Gesamtdurchschnitt der Jahre 1947 bis 1951 17,2 % der Gesamtausgaben für den Wohnhausbau aufgewendet.

Der Redner richtet an den Referenten die Frage, ob im Rahmen der Wiederherstellung schwer beschädigter und total zerstörter Wohnungen auch dem Wohnungsmarkt der Gemeinde Wohnungen zufallen. Den Bauvorhaben sei eine gewisse Grenze gesetzt durch die Zahl der Bauarbeiter im allgemeinen, der Zahl der Facharbeiter im besonderen und durch die Menge des zur Verfügung stehenden Baumaterials.

Obwohl behauptet werde, daß der Friedensstand an Straßenlampen bereits erreicht sei, gebe es - auf das gesamte Straßennetz gerechnet - auf jeden halben Kilometer nur eine Lampe.

Der Redner fordert die sozialistische Mehrheit auf, Anträge der Unabhängigen nicht von vornherein abzulohnen; diese Anträge sollen wenigstens zur Diskussion gestellt werden, um sich zu überzeugen, ob wirklich alles schlecht sei, was von der Fraktion des Redners komme.

Der neue Voranschlag der Stadt Wien werde in der Bevölkerung sicherlich ein gutes Echo finden, da hier neue Wohnungen der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden und der Wohnungsmarkt entlastet wird. Die Unabhängigen werden daher für die Ansätze dieser Gruppe stimmen.

GR.Dr. Matejka (LBl) beschäftigt sich eingangs mit den Obstruktionsreden der Österreichischen Volkspartei. Er habe den Eindruck, daß es sich hier um eine Art Match handelt, ein Freundschaftsspiel zwischen den beiden Koalitionsparteien.

In seinen folgenden Ausführungen nimmt der Redner zum Budget der Geschäftsgruppe VI Stellung und beschäftigt sich im Zusammenhang mit Fragen der Stadtplanung mit deren Chef, Prof. Brunner, dessen Tätigkeit er als nicht zufriedenstellend bezeichnet. An der Spitze der Stadtplanung könne nur ein Mann stehen, der von einem politischen und revolutionären Willen erfüllt ist, um die Dinge gut und gründlich zu gestalten. Redner kritisiert auch, daß für die Planungsausstellung in der Sezession nicht die breiten Massen des Volkes gewonnen werden konnten, weil das Eintrittsgeld zu hoch war.

Die Meinungen führender Wiener Architekten, die er in Gesprächen erfahren hatte, faßt er in fünf Punkten zusammen:

1. die von Prof. Brunner projektierten Autostraßen begünstigen die Großgrundbesitzer; sie sind so trassiert, daß sie den primitivsten Grundsätzen der Stadtplanung widersprechen.
2. Auflockerung der dicht bevölkerten Wohnbezirke ist im wesentlichen kleinlich und engherzig geplant, besonders im 10. und 16. Bezirk.
3. dringend wäre eine großzügige Verkehrsplanung, die den Verkehr flüssig gestaltet, ohne Rücksicht auf die Grundbesitzer.

Vor allem aber müsse dem Menschen, dem Fußgänger, ein gleichwertiger Platz im Getriebe der Großstadt gesichert werden.

4. ein Plan für Abbruchtermine ungesunder Wohnviertel auf weite Sicht und Vorbereitung der notwendigen Landesgesetze. 5. Trabantenstädte und Satellitenstädte, wie sie geplant sind, treiben den Grundstückspreis in die Höhe.

Im folgenden übt Dr. Matejka weiter Kritik an der Stadtplanung. Er erinnert in diesem Zusammenhang auch an den großen Architekten Adolf Loos, dessen nachträgliche Ehrung in Form einer Stiftung er vorschlägt.

Zu den Bauten des Bundes in Wien bemerkt Dr. Matejka, daß sich der Gemeinderat mehr darum kümmern müsse, auch wenn diese Gebäude nicht in die Kompetenzen der Stadtverwaltung fallen. Zwar hätte beim Bau der Oper wenigstens der Vertreter der Stadt Wien, der Stadtbaudirektor, dagegen gestimmt. Er war aber auch im Baukomitee für das Burgtheater vertreten, und diesmal hatte der Baudirektor dafür gestimmt. GR. Dr. Matejka gab seinem Erstaunen Ausdruck, daß dann der Bürgermeister in seiner Eigenschaft als Nationalrat eine Anfrage wegen des Burgtheaters gestellt habe. Demnach hat der Baudirektor dem Bürgermeister darüber nicht einmal referiert.

Redner spricht auch über die künstlerische Ausgestaltung der städtischen Bauten und empfiehlt eine kleine Zweckausstellung, um aus der Bevölkerung Anregungen zu bekommen. Er bemängelt in diesem Zusammenhang, daß der große Wiener Bildhauer Charoux noch keinen Auftrag erhalten hat. Erst in letzter Zeit hat man sich dazu bequemt, jedoch in einer Form, die ganz unmöglich war.

Zusammenfassend erneuert der Redner seinen Vorschlag, nach einer Adolf Loos-Stiftung und daß in nächster Zeit dem Gemeinderat Gelegenheit gegeben wird, sich mit den Fragen der Stadtplanung wirklich auseinanderzusetzen. Die Stadt Wien soll zu diesem Zweck die Wiener Architekten einladen, um sie vor dem Gemeinderat sprechen zu lassen.

GR. Kammermayer (ÖVP) stellt fest, daß bei den Arbeitsvergebungen im heurigen Jahr ungeheure Arbeit geleistet wurde,

bittet jedoch auch die kleinen Handwerker und Mittelbetriebe zu beschäftigen. Man soll auch nicht immer die billigsten, sondern anständige und solide Firmen beschäftigen.

Im Straßenbau ist es zu begrüßen, daß gegen die im Jahre 1949 angesetzten 10 Millionen heuer 22 Millionen Schilling zur Verfügung stehen werden. Es ist notwendig, der Ausbesserung von Straßen ein erhöhtes Augenmerk zu schenken.

Im Brücken- und Wasserbau sollten, vor allem in den Randgemeinden, Brücken, die größere Belastungen aushalten, gebaut werden.

Zum Kapitel Kanalisation bittet der Redner, die Senkgruben, die es zum Beispiel in Altmannsdorf und Hetzendorf noch gibt, abzuschaffen.

GR.Kammermayer spricht sodann von der Frage der Wasser-versorgung, die Wien schon seit Jahrhunderten bewegt. Der Bau einer 3.Hochquellenleitung wird aus technischen Gründen nicht möglich sein, da in den Quellgebieten nicht mehr Wasser vorhanden ist. Es besteht jedoch der Plan, im Wiener Becken eine Grundwasserleitung zu bauen, deren Wasser dem der Hochquellenleitung mindestens ebenbürtig ist.

Der Redner weist auf die Wichtigkeit eines Donauhafens hin und daß man hier bereits für die Zukunft planen müßte. Auch dem Donaukanal wäre mehr Augenmerk zuzuwenden.

Auf dem Gebiete der Gärten und Bäder bittet er um die Anlegung einer Parkanlage in Hernals, und um weitere Instandsetzung des Petzlbades.

GR.Kammermayer begrüßt es, daß die Gemeinde Wien auch mit dem Bau von 1.000 Kleinwohnungen begonnen hat, denn diese werden ebenso gebraucht wie die größeren. Er hofft, daß sich bei der Beschaffung des Baumaterials und der Beistellung von genügend Fachkräften im Bausektor keine Schwierigkeiten ergeben.

Der Redner spricht noch kurz von den in Wien in letzter Zeit gezeigten Möbelausstellungen und von Fragen des Verkehrswesens. Letzteres müßte günstiger gestaltet werden.

GR.Mühlhauser (ÖVP) betont, daß die Fraktion der Volkspartei in diesem Hause seit 1945 genau so für den sozialen Wohnhausbau gestimmt und an der Aufbringung der hierzu notwendigen Mittel mitgeholfen hat, wie die Sozialistische Partei. (Bei-

fall bei der ÖVP.) Er weist auf das ständige Anwachsen der Bevölkerungszahl hin und daß daher nicht nur die jetzige Wohnungsnot behoben, sondern auch für die kommende Bevölkerung Wohnraum geschaffen werden muß. Der Redner erklärt, hier könne die Bautätigkeit der Gemeinde, des Bundes und der öffentlichen Körperschaften nicht ausreichen, es müsse auch nach dem Prinzip des Wohnungseigentums gebaut werden. Dieser Standpunkt müsse auch durch die Gemeinde Wien gefördert werden.

Der Redner weist darauf hin, daß die Zahl der Gemeindebauten durch die Neubauten steige, daß aber auch das Defizit der städtischen Wohnhäuserverwaltung im kommenden Jahr größer werde und 1951 24 Millionen Schilling betragen werde. Man solle den Bau von Wohnungseigentumswohnungen fördern, wodurch das Budget der Gemeinde nicht belastet würde, sondern zusätzliche Mittel für neue Wohnhausbauten aufgebracht werden könnten.

Er stellt den Antrag, 20 % der für bauliche Herstellungen vorgesehenen Summe von 330 Millionen Schilling für Zwecke des Wohnungseigentums zur Verfügung zu stellen, also 66 Millionen. Die Durchführung dieses Antrages würde einem dringenden Wunsche der Bevölkerung unserer Stadt Rechnung tragen. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Die Bevölkerung verstehe es auch nicht, daß man viele Millionen Schilling für Geleiseverlegungen in der Mariahilfer Straße auswerfe, während der Bau einer Untergrundbahn ja doch einmal durchgeführt werden müsse. Die den Verkehrsbetrieben zur Verfügung stehenden knappen Geldmittel sollten für dringendere Investitionen verwendet werden. Es widerspreche jeder Vernunft, daß umfangreiche Straßenbauten der Gemeinde im November und Dezember in Angriff genommen wurden, wahrscheinlich nur deshalb, um noch rasch Geld unterzubringen.

Es sollte in der Finanzverwaltung weniger von Planen geredet, sondern mehr wirklich geplant werden. Die Gemeinde Wien möge künftig sowohl im Wohnungsbau als auch im Straßenbau sinnvoller und besser arbeiten. (Starker Beifall bei den Parteigenossen.)

Die Spezialdebatte über die Geschäftsgruppe Bauangelegenheiten ist um 20.30 Uhr noch im Gange und wird voraussichtlich bis in die späten Abendstunden weitergehen. Die Fortsetzung des Sitzungsberichtes wird morgen durch die "Rathaus-Korrespondenz" ausgesendet.